


Helvetische Bank
 Die Bank für Unternehmer
 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
 Tel. 044 204 56 00
 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
 PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Noch nie wollten so viele Nationalrat werden von Hans Kaufmann</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Täglicher Weltuntergang in den Schweizer Medien von Ueli Bamert</i> Seite 3	Aktuell <i>Die SVP gibt Vollgas in der Steuerpolitik von Marcel Suter</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Uster: Gewinn auf Kosten der Steuerzahler von Benjamin Streit</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Puure-Zmittag: Wahlaufakt der SVP Winterthur</i> Seite 8
---	---	--	---	--

UNGESTEURETE MIGRATION UND FALSCH VERSTANDENE TOLERANZ FÜHREN INS CHAOS

Wann realisiert Bern die Warnsignale aus Europa?

So kann es punkto Migration nicht weitergehen. Die Kontrollen an den Schengen-Aussengrenzen funktionieren nicht. Der Zustrom von Wirtschaftsmigranten ist ungebremst, die Kriminalität nimmt zu und die Behörden versinken in einer riesigen Asylbürokratie. Während Bundesbern schläft, diskutiert die EU eine Neuausrichtung der Asylpolitik. «Die EU-Staaten schlafwandeln in eine neue, grosse Migrationskrise hinein», sagt der stellvertretende Vorsitzende der deutschen CSU. Er fordert ein Umdenken – genau wie die SVP. Wann realisiert Bern endlich die Warnsignale aus Europa?

«Ungesteuerte Migration und falsch verstandene Toleranz überfordern Gesellschaften. Irgendwann ist es für Korrekturen zu spät. Daher muss rechtzeitig eine Leitkultur durchgesetzt werden.» Diese Aussage stammt nicht aus dem SVP-Parteiprogramm, sondern von Eric Gujer, Chefredaktor der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ, 7. Juli 2023). Er beschrieb in seinem Leitartikel die «postmigrantischen Gesellschaften» in unseren europäischen Nachbarländern: Die Probleme punkto Gewalt und Kriminalität, die von Eingebürgerten verursacht werden, sind enorm.

Frankreich sei eine Warnung für Europa, die ungesteuerte Migrationspolitik der Regierung Merkel ein Kardinalfehler. Die deutsche Politik sei «realitätsblind», denn die Krawalle in Berlin-Neukölln an Neujahr seien «ein Vorgeschmack darauf, was passieren kann, wenn die latente Gewaltbereitschaft einzelner Gruppen eskaliert». Leider fehlte im NZZ-Beitrag ein wichtiger Punkt: der Vergleich mit der Schweiz.

Probleme seit vielen Jahren bekannt

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu: Heute sind über 108 Millionen Menschen auf der Flucht – meist im eigenen Land. Migranten, die bis nach Europa reisen, tun dies oft ohne eigentlichen Asylgrund. Sie wollen am westlichen Wohlstand teilhaben und hoffen auf bessere Perspektiven. Sie kommen auf dem Asylweg in die Schweiz, obwohl dieser nicht für sie gedacht ist.

Bereits vor 20 Jahren schrieb die NZZ: «Die Migration wird in der Schweiz bisher kaum gesteuert, sondern auf der Doppelspur Asylgesetz und Ausländergesetz juristisch sauber verwaltet. Das Fatale an diesem Vorgehen ist, dass zwar enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts ausgegeben werden, der Staat jedoch kaum beeinflussen kann, wer ins Land kommt. Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). Mit anderen Worten: Es kommen zu viele, und es kommen die Falschen. Wie es die SVP stets sagte.

Belastung für die Wirtschaft

Die Migranten wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hierbleiben. Zu-

rückgeschickt wird kaum jemand. Personen mit abgelehntem Asylgesuch werden «vorläufig aufgenommen» und bleiben für immer hier – oft mit drastischen Auswirkungen auf die Sozialkosten und die öffentliche Sicherheit. Die Zahlen erschüttern: Von 100 690 Personen, die in den letzten 20 Jahren vorläufig aufgenommen wurden, haben heute 31 214 eine Aufenthaltsbewilligung, 5035 eine Niederlassungsbewilligung und 7048 sogar den Schweizer Pass. Lediglich in 800 Fällen wurde der Status F entzogen.

Die Fantasie, diese Zuwanderung sei unserer Wirtschaft förderlich, hat sich längst zerschlagen: «Eine Integration in den Arbeitsmarkt ist oft nicht möglich oder ist von den Einwanderern auch nicht beabsichtigt. Die Sozialleistungen Europas können Anreiz genug sein, sich in Europa aufzuhalten» (NZZ vom 28. Juli 2023). Eine Studie des Zürcher Amts für Wirtschaft und Arbeit belegt: Vier von fünf Zuwanderern kommen nicht in Mangelberufe. Diese Leute nützen der Wirtschaft nicht, sondern belasten sie. Wann endlich erfolgt hier eine sachliche Diskussion?

Neuausrichtung der Asylpolitik überfällig

Die Migrationspolitik muss sich endlich der Realität anpassen. Nur mit dem Unterbinden grossflächiger Wanderungs-



Bootsmigranten in Griechenland. Die Migration nach Europa verursacht enorme Kosten. Bild: Wikipedia

bewegungen können Schlepperwesen und organisierte Kriminalität bekämpft werden. Indem konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum gerückt wird, kann Bedürftigen besser geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es, sich zu lösen.

Es darf sich nicht mehr lohnen, nach Europa zu kommen. Daher müssen Asylverfahren ausgelagert werden. Die EU will die Verfahren an der Schengen-Aussengrenze durchführen, Grossbritannien sogar in Ruanda. Die Stimmen mehrten sich, diesem Weg zu folgen und «substantielle Änderungen bei den Asylver-

fahren» vorzunehmen, die nicht zwingend in der EU stattfinden (Zeit Online, 29.1.2023).

Vor diesem Hintergrund wurden die Vorstösse Chiesa und Rutz in beiden Kammern eingereicht. Sie verlangen eine Neuausrichtung der Asylpolitik: Der Bundesrat soll Abklärungen treffen und ein Konzept vorlegen, wie Asylverfahren künftig im Ausland durchgeführt und Hilfszentren errichtet werden können. So sollen Menschenhandel und Schlepperwesen bekämpft und bessere Hilfe vor Ort angeboten werden. Es ist höchste Zeit, dass Bundesbern den Ernst der Lage erkennt.



Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich


Zmittag auf dem Bauernhof
 Wahlaufakt der SVP Bezirk Winterthur
 mit Kantonsrat Ueli Wiggmann, Nationalrätin Theres Schläpfer, Kantonsrat Martin Hölzinger, Kantonsrat Tobias Weidmann, Gemeinderätin Maria Wiggli und Ständeratskandidat Gregor Rutz
 Sonntag, 20. August, 11 Uhr – 15 Uhr
 Bauernhof Ueli Kürsch, Buchsacher, 8611 Brütten
 (als Hauptkassenspendent / Partizipationsvorstand / Anwesenheit mit ÖV möglich)
 11.30 Uhr Begrüssung: ANR Jörg Stahli & Ständeratskandidat NR Gregor Rutz
 ab 13.00 Uhr Vorstellung der Nationalratskandidaten
 Es erwarten Sie frische Salate und feine Grilladen – Aktivitäten für die ganze Familie (Sondokosten / Hüpfburg und Traktor fahren)
 Alle sind herzlich willkommen!
 svp-bezirk-winterthur

Sichere Zukunft für Gewerbe und Mittelstand

Wieder in den Nationalrat
 Am 22. Oktober 2023
 2X auf dem Wahlzettel
Bruno Walliser
 brunowalliser.ch
 bisher
 Liste 1

Feierabendbier in Bauma

Paul von Euw
 Nationalratskandidat
 Kantonsrat, ZH
Therese Schläpfer
 Nationalrätin, ZH
 a. Gemeindepräsidentin
Thomas Matter
 Nationalrat, ZH
 Unternehmer
Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen. Nutzen Sie die Chance zum Austausch mit Nationalräten und Kantonsrat am 24. August 2023 18:00 – 20:00
 Ort: Rest. Bahnhof; Bahnhofstrasse 11, Bauma
 Ein Anlass der SVP
 Spelersrestaurant **Bahnhof**



Christoph Mörgeli

Karin Keller-Sutter und ihr «Ich»

Seit Monaten sagt Sergio Ermotti, der alte und neue Chef der UBS, seine Bank wolle sich so rasch wie möglich von den Fesseln der staatlichen Garantien lösen. Seit Freitag ist es jetzt offiziell: Das Geld der Steuerzahler steht nicht mehr auf dem Spiel, die Bürger sind nicht mehr im Risiko. Der Bund konnte durch die Übernahme der CS durch die UBS vielmehr 200 Millionen Franken Gewinn einstreichen.

Am letzten Freitag hat die UBS bescheiden und in einem dünnen Communiqué mitgeteilt: «Alle am 19. März 2023 notrechtlich basierten ausserordentlichen Liquiditätshilfen sind zurückbezahlt.»

Weniger bescheiden kommunizierte genau denselben Inhalt die eidgenössische Finanzministerin. Sie lud die Journalisten nicht etwa ins nüchterne Medienzentrum des Bundes. Sondern in den prachtvollen Bankettsaal ihres Amtssitzes «Bernerhof». Also an jenen Ort, wo ansonsten die Schweizer Staatsempfänge stattfinden.

Dort verkündete Karin Keller-Sutter stolz, sämtliche Garantien an die UBS seien beendet worden. Dabei ist dies einzig und allein eine Leistung der UBS. Die Bundesrätin musste dafür keinen Finger rühren. Doch im Sonntagsblick doppelte sie nach: «Ich habe einfach funktioniert» – «Ich wusste, es geht ums Wohl des Landes» – «Ich fand wenig Schlaf».

Die von der Finanzministerin bestens informierte FDP meldete am Freitag fast zeitverzugslos: «Dank der umsichtigen Führung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter konnte der Finanzplatz Schweiz stabilisiert und für die Bundeskasse sogar ein Gewinn erzielt werden.»

Die FDP lechzt förmlich nach positiven Nachrichten von der Finanzmarktfrent. Weil sie glaubt, das CS-Debakel schade ihr im Wahljahr. Und so verfällt sie in den Fehler, die Credit Suisse ständig aufs Neue zu thematisieren. Statt in ihrer Politik die Unabhängigkeit des Landes und die Souveränität der Bürger gegen die EU zu verteidigen. Statt ihren Kurs bezüglich Neutralität, Waffenlieferungen, Nato, Zuwanderung oder bürgerliche Zusammenarbeit zu korrigieren. Das Problem der FDP ist nicht die CS. Das Problem der FDP ist die FDP.

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN VOM 22. OKTOBER 2023

Tausende von Schweizer Politikern und Politikerinnen werden enttäuscht sein

Von Politik-Ermüdung keine Spur. Dieses Jahr bewirbt sich eine Rekordzahl an Kandidaten für den Nationalrat. Nur einer von 45 macht das Rennen.

Hans Kaufmann
Alt Nationalrat SVP
Wettswil am Albis

Es gab wohl noch nie so viele Bewerber für einen Sitz im Bundesparlament. Noch sind die Anmeldefristen nicht überall abgelaufen, aber in den meisten Kantonen wird die Zahl der Kandidaten die verfügbaren Sitze um ein Mehrfaches übersteigen.

Im Kanton Zürich kämpfen Politiker auf 44 Listen um 36 Nationalratssitze, das wären theoretisch maximal 1584 Kandidaten, in Bern 776 Bewerber mit 39 Listen für 24 Mandate und im Aargau sogar 713 Kandidaturen auf 56 Listen für 16 Sitze. Pro Mandat bewerben sich in diesen drei Kantonen 40 Kandidaten. Hochgerechnet auf die Schweiz würde dies 8000 Kandidierende für 200 Nationalratsmandate bedeuten, von denen 7800 leer ausgehen werden.

Die meisten gehen leer aus

Einige Bewerber hatten schon von vornherein keine Wahlchancen, denn sie haben sich lediglich als Listenfüller oder Stimmensammler auf Nebenlisten zur Verfügung gestellt. Einige «Wasserträger» hofften dennoch, einen unerwarteten Sieg davonzutragen.

Enttäuschung dürfte sich hingegen bei jenen breit machen, die auf aussichtsreichen Listenplätzen oder dank ihrer Bekanntheit mit einem Einzug in den Polithimmel rechneten oder abgewählt werden. Eine Nicht- oder Abwahl ist nicht immer auf persönliches Versagen zurückzuführen. Vielleicht verlor die eigene Partei aus programmatischen Gründen Sitze. Oft machen die erzielten Kumulier- und Panaschierstimmen der Mitkonkurrenten oder Listenverbindungen den Unterschied in der Endabrechnung aus. Auch Verlierer haben meistens viel Einsatz geleistet, viel Geld für die Wahlwerbung und persönliches Prestige eingesetzt. Jene, die auf dem ersten Ersatzplatz landeten, können sich zumindest noch Hoffnungen machen, dass es im Verlaufe

der vierjährigen Legislatur zu Rücktritten kommt.

Die Prüfung folgt auf den Wahlerfolg

200 National- und 46 Ständeräte werden zwar am Wahltag oder im Falle der Ständeräte allenfalls nach einer Zusatzrunde ihre Wahlerfolge feiern. Aber auch für sie kommt nach einem kurzen emotionalen Höhenflug oft die Ernüchterung. Am Montag danach gilt es vorerst, die berufliche Arbeit und das Familienleben neu zu organisieren, denn das Amt in Bern wird rund einen Drittel der Jahresarbeitszeit beanspruchen. Selten haben sich Neulinge gründlich auf ihr neues Amt im Detail vorbereitet. Sie machen sich falsche Hoffnungen und glauben, sie könnten nun frei wählen, in welcher Kommission sie mitreden können. Die Sitzzuteilung in den Kommissionen ist jedoch Sache der Fraktionsleitung, die zwar die beruflichen und politischen Sachkenntnisse und sogar die regionale Vielfalt berücksichtigt, aber letztlich nicht mehr Sitze verteilen kann, als der Partei zustehen. Wenn acht

oder zehn Bauern in einer Partei glauben, sie könnten nun in der Wirtschafts- und Abgabenkommission gross auftrumpfen und ihre Interessen vertreten, dann werden sie feststellen, dass diese «Ehre» höchstens einem einzigen Bewerber zukommt. Die Nichtberücksichtigten werden später höchstens als temporäre Ersatzleute bei einzelnen Geschäften mitwirken dürfen. Sie werden meistens in Kommissionen landen, in deren Thematik sie sich erst einarbeiten müssen. Die Erfahrungsgemäss sind nur rund die Hälfte der Gewählten bereit, sich tief in Dossiers einzuarbeiten, um zu Meinungsführern aufzusteigen. Sie müssen praktisch das Doppelte leisten, und auch noch die Arbeit für die Hinterbänker erledigen. Welche Geschäfte wem übertragen werden, das bestimmt der parteieigene Gruppenchef innerhalb einer Kommission, ein Amt, das meistens den Bisherigen vorbehalten ist. Im ersten Jahr werden die Neulinge vor allem noch Geschäfte übernehmen und abarbeiten müssen, die ihre Vorgänger hinterlassen haben, bevor sie eigene Vorstösse lancieren können, die dann erst im zweiten oder dritten Amtsjahr, wenn überhaupt, behandelt werden. Frust und Enttäuschungen stehen auch Gewählten bevor.

GEOPOLITIK

Die Gegner im Ukraine-Krieg setzen auf unterschiedliche Strategien

Wer nicht mit offenen Augen in Fallen laufen will, muss die deklarierte von der wirklichen Strategie unterscheiden. Versuch eines Blickes hinter die Fassaden und in die Erfahrungen der Geschichte.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Kriege, die innerstaatlich von einer «regulären» Armee gegen eine «irreguläre» Guerillaorganisation geführt werden, werden als asymmetrisch bezeichnet, solche zwischen staatlichen Armeen aber als symmetrisch. In beide Händel haben sich Neutrale nicht einzumischen. Im Ukraine-Krieg zeigt sich jedoch eine neue Art von Asymmetrie.

Ungleiche Gegner

Eine erste Asymmetrie besteht darin, dass eine Atommacht einen Staat angreift, der über keine Atomwaffen mehr verfügt, seit er diese – unter der Garantie der Unversehrtheit der eigenen Grenzen – an Russland abgetreten hat. Und diese Schiefelage wird besonders dramatisch, wenn die Atommacht immer wieder mit dem Einsatz von Nuklearwaffen droht. Eine weitere Asymmetrie zeigt sich, weil der Krieg auf dem Boden des angegriffenen Staates geführt wird. Die unermesslichen Schäden an der Infrastruktur und die zivilen Opfer wer-

den exklusiv beim angegriffenen Staat angerichtet.

Eine zusätzliche Schlagseite bekommt die nicht mehr gegebene Symmetrie durch den Umstand, dass beim Verteidigen reguläre Truppen ihren Blutzoll lassen müssen. Die Angreifer setzen aber mit den Wagner-Truppen paramilitärische Milizen ein, bezahlte Söldner, die sich nicht einen Deut um Kriegs- und Völkerrecht scheren.

Der Kreml setzt auf eine Abnutzungsstrategie

Auch zwischen den Systemen bestehen Asymmetrien. So wird im zunehmend totalitären System von Russland die Öffentlichkeit durch die Staatspropaganda in wesentlichen Teilen gleichgeschaltet, während im demokratischen Westen Meinungs- und Redefreiheit gilt. Hier können sich auch Menschen frei äussern, die Putin verklären.

Nun haben aber diese Asymmetrien gravierende geostrategische und geopolitische Folgen:

Die Machthaber im Kreml – es geht wohl nicht nur um Putin allein – können darauf spekulieren, dass sich im Wesen längerfristig, auch durch den freien Diskurs, eine Kriegsmüdigkeit breit macht und die Unterstützung der Ukraine mit der Zeit abnehmen könn-



Ukrainische Truppen bei Jaworiw, Ukraine. Bild: getarchive.net

te. Das wäre das Kalkül des Abnutzungs-krieges.

Weiter wird die Symmetrie verschoben, wenn sich Öffentlichkeit und Politik im demokratischen Westen durch die atomaren Drohungen und die Angst vor einem dritten Weltkrieg – wirtschaftlich ist es womöglich bereits ein solcher – beeindrucken lässt. Das führt zu einer Unterstützung des angegriffenen Staates mit einer «angezogenen Handbremse», z.B. bei der Lieferung von Waffen.

Kein schnelles Ende in Sicht

Das Tragische an diesem Zaudern ist, dass dadurch die Russen ihre Stellungen stark befestigen konnten, was auch zu Verlusten in der ersten Phase der Gegenoffensive zur Befreiung des ukrainischen Territoriums führte. Ein «Close Air Support», also die Gefechtsfeldunterstützung aus der Luft, gilt als Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Operation.

Und diese Luftüberlegenheit, geschweige denn eine Luftherrschaft, ist ohne moderne Kampffjets nicht möglich. An dieser Unterstützung aus dem Westen fehlt es bislang. Die westliche Ungeduld über den derzeit schleppenden Fortgang der Offensive ist fehl am Platze. Bei der Invasion der Alliierten in der Normandie z. B. dauerte es Monate, bis der Vorstoss zum Durchbruch gelangte.

Dass der Westen die Missachtung des Völkerrechtes durch die Annexion der Krim 2014 kaum sanktioniert hat, sondern weitgehend zusah, erweist sich nun als fataler Fehler.

Wer – wie die Pazifisten – den Vorwurf erhebt, dass die Waffenlieferungen den Krieg verlängern würden, hat nichts gelernt.

Eine solche Honorierung der russischen Kriegsverbrechen dürfte weitere Aggressionen fördern. Das Baltikum und Polen könnten die nächsten Kriegsziele sein.

RUAG-GESCHÄFTSFÜHRERIN TRITT ZURÜCK

Bundesrätin Amherds eifrigste Helferin

Die Geschäftsführerin des RUAG-Rüstungskonzerns ist wegen ihrer neutralitätspolitischen Äusserungen zurückgetreten. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie ihrer Chefin, Bundesrätin Viola Amherd, nur etwas zu eifrig helfen wollte.

rw. Als Chefin des bundeseigenen Rüstungskonzerns muss sie über die neutralitätsrechtlichen Regeln genau Bescheid wissen, sonst wäre Brigitte Beck von Anfang an eine Fehlbesetzung gewesen.

Stellte sich gegen Willen des Bundesrates

Brigitte Beck hatte verschiedene Käuferstaaten öffentlich ermuntert, das sogenannte Rüstungs-Re-Export-Verbot zu ignorieren. Es betraf konkret die Lieferungen von Munition an die Ukraine.

Beck stellte sich damit gegen die Beschlüsse des Bundesrates und des Parlaments.

Im bundeseigenen Rüstungsbetrieb muss man sich auch in politisch turbulenten Zeiten strikt auf seine Arbeit konzentrieren und nicht mit fahrlässigen Äusserungen das politische Klima vergiften und damit den eigenen Auftrag ad absurdum führen.

Es ist anzunehmen, dass VBS-Chefin Viola Amherd das Vorsprechen von Brigitte Beck begrüsst, denn die Mitte-Bundesrätin fährt schon länger einen

Kurs, der neutralitätspolitisch sehr umstritten ist.

Bundesrat und Verwaltungsrat griffen ein

Jetzt wurden Amherd und Beck vom Bundesrat und schliesslich vom Verwaltungsrat der RUAG gestoppt. Es ist zu hoffen, dass die Nachfolge des RUAG-CEO sorgfältig an die Hand genommen wird. Insbesondere sind die Souveränität und Neutralität der Schweiz in keiner Weise zur Diskussion zu stellen.



Montagehalle der Ruag in Emmen. Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

Unser täglich Weltuntergang gib uns heute

Die Berichterstattung zum Klimawandel wird in den Schweizer Medien immer schriller und übertriebener, daran ändert auch das nasskalte Wetter im Sommer 2023 nichts. Die Manipulation der Bevölkerung durch Blick, SRF und Co. nimmt ungehindert ihren Lauf.



Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Obwohl wir gerade wieder einige heisse Tage erleben dürfen, wird uns der Sommer 2023 in der Schweiz als eher durchschnittlich in Erinnerung bleiben. Auf einen komplett verregneten und kalten Frühling folgte ein warmer und trockener Juni. Spätestens ab Mitte Juli dann aber unterdurchschnittliche Temperaturen, viel Regen und ein Nationalfeiertag, der komplett ins Wasser gefallen ist. Herbststimmung bereits Anfang August.

«Klimakrise» trotz Regen und Kälte

All dies hindert unsere Medien natürlich nicht daran, die Mär von der immer weiter fortschreitenden «Klimakrise» weiterzuspinnen. Schliesslich finden im Herbst Wahlen statt und insbesondere

den Grünen – denen unsere Journalisten bekanntlich besonders zugeneigt sind – drohen Verluste. Und weil der Schweizer Sommer 2023 bis anhin keine Anzeichen für die drohende Überhitzung bietet, muss halt jedes durchschnittliche Sommergewitter als Beweis für den baldigen Weltuntergang herhalten. Auch Horrorberichte aus weiter weg liegenden Weltgegenden eignen sich ganz hervorragend für die immer penetranter werdende Indoktrination der Bevölkerung.

Über jede Überschwemmung, jede Hitzewelle und jeden Waldbrand am Ende der Welt wird exzessiv berichtet. Beinahe täglich finden sich auf den Titelseiten und den Onlineportalen von Tagi, SRF oder Blick Unwetterwarnungen oder Tipps zum Umgang mit der Hitze – immer mit dem Ziel, der von den Klimaklebern generierten Bevölkerung die Dringlichkeit der angeblichen «Klimakrise» einzuhämmern. Dabei wird auch vor offensichtlicher Täuschung nicht zurückgeschreckt: tiefrot bis schwarz eingefärbte Wetterkarten,

die noch vor 10 Jahren bei ähnlichen Temperaturen grün, gelb und orange dahergekommen wären, oder mehrere Grad zu hohe Temperaturprognosen beim SRF-Meteo, sind nur zwei der Beispiele.

Halbierungsinitiative: ein reinigendes Gewitter

Niemand behauptet, es fände kein Klimawandel statt. Jeder von uns spürt ihn tagtäglich selber. Die Art und Weise, wie unsere Medien die Bevölkerung aber mit übertriebener Panik-Berichterstattung zum Wetter zu beeinflussen versuchen und damit aktiv Wahlkampf für grüne Themen machen, ist nur noch dreist. Insbesondere die Verantwortlichen beim SRF sollten es sich gut überlegen, ob sie auch weiterhin bei diesem Panikorchester mitmachen wollen: Die Bevölkerung lässt sich nämlich nicht ewig zum Narren halten und mit der Halbierungsinitiative zieht am Horizont ein reinigendes Gewitter für unseren aufgeblähten und einseitig informierenden Staatssender auf.



Freibad Letzigraben in Zürich. Mittlerweile müssen normale sommerliche Temperaturen als Evidenz für eine angebliche «Klimakatastrophe» herhalten.

Bild: Wikipedia

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Die heisse Wahlkampfphase beginnt spätestens heute

Gestern hat die SVP des Kantons Zürich den Wahlauftakt für die National- und Ständeratswahlen mit einem schönen Fest im Lettenpark in Rümlang gefeiert. Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind hochmotiviert, vollen Einsatz für den Erfolg am 22. Oktober 2023 zu leisten.

Am Samstag, 26. August 2023, steht schon der nächste Höhepunkt auf dem Programm. Findet doch der Wahlauftakt der SVP Schweiz ebenfalls im Kanton Zürich statt. Einmalig und historisch wird die SVP-Familie die Swiss Life Arena füllen und gemeinsam zusammenstehen, damit die bürgerliche Wende gelingen wird. Hoffentlich haben Sie sich angemeldet und sind mit dabei. Es ist immer noch möglich, sich für diesen Anlass anzumelden. Nutzen Sie die letzte Gelegenheit! Anmelden kann man sich online auf www.svp.ch/wahlauftakt.

Doch nicht nur die SVP Schweiz und die SVP des Kantons Zürich müssen Vollgas geben. Jedes einzelne Mitglied ist gefordert, im persönlichen Umfeld dafür zu sorgen, dass alle zur Wahl gehen – auch die, die dies nor-

malerweise nicht machen – um die SVP Liste 1 oder eine der SVP-Unterlisten ins Wahlcouvert zu stecken. Achtung: Legen Sie nur eine Nationalratsliste ins Kuvert, sonst ist Ihre Stimme ungültig! Natürlich gilt es auch, unseren hervorragenden Ständeratskandidaten Nationalrat Gregor Rutz zu wählen.

Wenn es gelingt, dass jedes Mitglied mindestens 10 Personen im persönlichen Umfeld überzeugt, die richtige Wahl zu treffen und die Wahlunterlagen auch einzureichen, dann bin ich optimistisch, dass wir unsere Ziele erreichen werden. Wir dürfen in den verbleibenden zwei Monaten nicht nachlassen und uns auf den Vorhersagen und Umfragen ausruhen oder diesen einfach vertrauen. Es wäre einfach und verlockend, zu glauben, dass der Erfolg uns leicht in den Schoss fällt.

Das Engagement gilt auch für die im Juli lancierte Nachhaltigkeits-Initiative. Haben Sie den Unterschriftenbogen ausgefüllt, unterzeichnet und schon eingeschickt? Wenn nicht, holen Sie das bitte umgehend nach. Es wäre eine weitere positive Nachricht im Wahlkampf, wenn wir eindrucksvolle

Sammeldaten präsentieren könnten. Unterschriftenbogen können auch jederzeit auf der Homepage www.nachhaltigkeitsinitiative.ch/unterschreiben heruntergeladen oder bestellt werden. Auch sendet das Kantonssekretariat Ihnen weitere Bogen nach einem Telefonanruf auf 044 217 77 66 zu.

Ich danke Ihnen bestens für Ihr Engagement und für Ihre Teilnahme an den zahlreichen Veranstaltungen unserer Partei sowie an den Aktionen unserer Kandidatinnen und Kandidaten.

Gemeinsam können wir es schaffen, dass wir am 22. Oktober 2023 nicht «nur» die wählerstärkste Partei sind und bleiben, sondern dass wir unseren Vorsprung noch deutlich ausbauen und weitere Sitze im Nationalrat zurückgewinnen!



von
Marco Calziglia

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wo sind die Klimakleber? Oder: Denn sie wissen nicht, was sie tun!



Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

Es ist auffällig still bei den Klimaklebern. Kann es sein, dass sie in den Ferien weilen? Oder ist die Strassenoberfläche zu heiss geworden?

Ich frage mich, wieviel diese Klimawandler eigentlich über unser Klima oder die Erdtemperatur wissen.

«In der Klimaforschung und Modellierung sollten wir erkennen, dass es sich um ein gekoppeltes nicht lineares chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.»

Dieses Aussagen stammen nicht etwa aus der Feder eines Klimaskeptikers, sondern aus dem Bericht des Weltklimarats (IPCC), Third Assessment Report Section 14.2.2.2., Seite 774. In der Zusammenfassung für die Medien und die Politiker fehlte diese Aussage aber. Ein Schelm, wer diesem Vorgehen Absicht unterstellt.

Tatsache ist, dass unser Erdklima seit Millionen Jahren pendelt. So war es im Mittelalter zur Zeit des mittelalterlichen Optimums fast ein Grad wärmer als heute. Prof. Patzelt von der Universität Innsbruck hat nachgewiesen, dass unsere Gletscher schon oft verschwunden sind. Auch kommen immer wieder Passübergänge aus der Römerzeit zum Vorschein, welche die weichenden Gletscher wieder freige-

ben. In den letzten 11 000 Jahren waren die Gletscher zu 2/3 dieser Zeit kleiner als heute. Woraus auf wärmere klimatische Verhältnisse geschlossen werden muss.

Die ganze Klimapanik wird von unseren Medien kräftig unterstützt und es findet kaum eine objektive Berichterstattung statt.

Geschweige denn eine kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten der Klimawandler. Es wird alles ungeprüft wiedergegeben. So z. B. die Hockey-Kurve von Michael Mann. Diese ist sehr einfach als Fälschung zu entlarven. Die Vorstellung von einem Gleichgewicht in der Natur ist ein grundlegender Irrtum. Denn das Ökosystem ist immer im Fluss.

Auch dämmert es langsam, dass der Umbau nach den Vorstellungen der Grünenfundis uns einem Grossteil unseres Wohlstandes kosten wird. Die CO₂-Neutralität bis 2050 wird ca. 347 Milliarden kosten. China wird das, was wir in 25 Jahren einsparen, in weniger als einem Monat emittieren! Nach dem Kyoto-Protokoll darf China seine CO₂-Emissionen bis 2030 verdoppeln. Und einige von uns meinen tatsächlich, dass unsere teuren Einsparungen einen Einfluss auf das Klima haben sollen.

Abraham Lincoln wird das folgende Zitat zugeschrieben: «Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen, und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.»

Setzen wir diesem Spuck ein Ende und wählen im Oktober die SVP, damit wieder gesunder Menschverstand einzieht!

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Jetzt langt's! Bevölkerungsexplosion, Energie und Woke-Wahnsinn stehen im Zentrum des SVP-Wahlkampfes in Zürich

Die SVP hat keine Scheuklappen beim Ansprechen von Problemen, die die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und unseres Kantons beschäftigen. Diesen Herbst werden das unregulierte Bevölkerungswachstum, die Energiesicherheit und der Woke-Wahnsinn im Zentrum des SVP-Wahlkampfes stehen. Am 17. August feiert die SVP Kanton Zürich ihren Wahlauftakt in Rümlang. Wer Freiheit und keine Bevormundung will, wählt diesen Herbst SVP!

Seit 2007 sind über eine Million Menschen in die Schweiz eingewandert – fast 300 000 davon in den Kanton Zürich. Die Zürcher spüren die negativen Konsequenzen dieser unregulierten Bevölkerungsexplosion täglich: Überfüllte Züge und Strassen, Wohnungsnot sowie Fachkräftemangel sind nur einige davon. Die SVP setzt sich dagegen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ein. Unsere kostbare Umwelt darf nicht zubetoniert werden. Unsere Sozialwerke dürfen nicht im Übermass strapaziert werden. Die Versorgung mit möglichst vielen heimisch produzierten Lebensmitteln muss aufrechterhalten bleiben. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellt die Nachhaltigkeits-Initiative dar, welche die Zuwanderung in die Schweiz nachhaltig begrenzen will. Lanciert von der SVP Schweiz darf die SVP Kanton Zürich die formelle Führung der Initiative übernehmen.

Die Schweiz schlittert derzeit in eine Strommangellage, die eine Gefährdung für Lebensqualität und Wohlstand darstellt. Und was macht unser grüner Baudirektor Martin Neukom gegen den drohenden Strommangel? Er plant, den windschwachen Kanton Zürich mit industriellen Windparks zuzubauen, die unsere Landschaften verschandeln und kaum Energie produzieren. Folge der verfehlten Politik: steigende Energie-

kosten, die das Budget von Haushalten und Unternehmen massiv belasten. Statt Ideologie will die SVP Pragmatismus – für eine sichere und bezahlbare Energieproduktion. Die SVP setzt sich darum für den Ausbau der bewährten Wasserkraft und den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch Reaktoren der neuesten Generation ein.

Die Woke-Aktivistinnen möchten alle Facetten unseres Lebens diktieren: Wie wir sprechen und schreiben (mit Gendersternen), welches Geschlecht unsere Kinder haben (Genderideologie) und wie wir unsere Ferien verbringen (ohne Auto und Flugzeug). Als einzige politische Kraft wehrt sich die SVP gegen die antidemokratische und übergriffige Woke-Linke. Die SVP setzt sich für den Schutz der Meinungsfreiheit und der Sicherstellung der politischen Neutralität an staatlichen Institutionen und Schulen ein.

Am 17. August feiern wir den Wahlauftakt in Rümlang gemeinsam mit Alt-Bundesrat Ueli Maurer, Ständeratskandidat Gregor Rutz und unseren Nationalratskandidaten. Für politischen Witz und geistreiche Unterhaltung sorgt der Kabarettist Andreas Thiel. Der Präsident der Kantonalpartei, Domenik Ledergerber, bemerkt dazu: «Im Gegensatz zum rot-grünen Lager darf bei der SVP auch gelacht werden.»



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

SVP KÜSNACHT

Sommergrill der SVP Küssnacht mit politischem Zündstoff

Am 13. August fand bei wunderschönem Wetter, in historischen Gebäuden, direkt am Zürichsee und mit viel SVP-Prominenz der erste Sommergrill der SVP Küssnacht statt.



Viel Politprominenz traf sich in Küssnacht. V.l.n.r.: NR-Kandidat Adrian Wegmann, Kantonalpräsident Domenik Ledergerber, NR Gregor Rutz, KR Nina Fehr Düsel, NR Thomas Matter. Bild: ZVG

Vor dem politischen Teil der Veranstaltung referierte Christoph Mörgeli über das historische Anwesen. Der herrschaftliche Seehof wurde im 15. Jahrhundert von der Familie Lochmann, die erfolgreiche Söldneroffiziere waren, errichtet. Das Gebäude war auch Wohnsitz des Schriftstellers Conrad Ferdinand Meyer und wurde 1832 das erste Zürcher Lehrerseminar. Damals waren die Ziele des Unterrichts noch Rechnen, Lesen und Liebe zum Vaterland. Dieses System wurde bald von den Briten kopiert. Die benachbarte Zehntentrotte wurde bereits 1290 erwähnt und ist somit sogar älter als die Eidgenossenschaft. Sie steht wegen spätgotischer Heiligenfresken von 1410 unter eidgenössischem Denkmalschutz. Ein Witz dazu: Wissen Sie, weshalb der heilige Martin kein Sozialdemokrat war? Weil er seinen eigenen Mantel mit einem Armen geteilt hat.

Nina Fehr Düsel forderte härtere Strafen

Die Kantonsrätin und Nationalratskandidatin sprach über das Bildungswesen, wo die Schüler zu wenig Basiswissen lernen und zu viel über Gender und über das Klima belehrt werden. Auch forderte sie Massnahmen gegen die zunehmende Kriminalität. Beispielsweise sollten 17-jährige Verbrecher in Fällen schwerer Gewalt nach dem Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden, weil das Jugendstrafrecht aktuell sogar im schlimmsten Fall nur sanfte Massnahmen wie Heimaufenthalte vorsieht. Üb-

rigens sind 80% der Insassen in unseren Gefängnissen Ausländer.

Die Küssnächter SVP-Gemeinderatskandidatin Lilly Otth wird von der FDP und der Mitte unterstützt. Sie wird sich für niedrige Steuern, Abbau von Bürokratie und gegen die vom Kanton geplanten gigantischen Windkraftanlagen einsetzen. Mit durchschnittlich vier Metern pro Sekunde ist der Wind vor Ort für wirtschaftliche Produktion zu knapp, wie die promovierte ETH-Absolventin erläuterte. Im Übrigen ist sie überrascht, dass der Landschaftsschutz für die Grünen bei diesem Thema nicht relevant ist.

Asylpolitik steht bei Gregor Rutz ganz oben

Die SVP ist im Ständerat untervertreten. Sie stellt gleich viele Ständeräte wie im Jahre 2000, obwohl ihr Wähleranteil seitdem um über 10% gestiegen ist. Gregor Rutz möchte sich dort für einen Kurswechsel in der Asylpolitik einsetzen. Inzwischen wird alle 15 Minuten ein Illegaler aufgegriffen. Sogar die EU überlegt sich inzwischen einen Asyl-Kurswechsel, um die Kontrolle zurückzugewinnen.

Auch die Effizienz der Verwaltung liegt ihm am Herzen, zahlt diese doch zu hohe Löhne. Übrigens hält die Bundesverwaltung es nicht für nötig, für Arbeitsvorgänge die jeweilige Anzahl Arbeitsstunden zu erfassen. In der Privatwirtschaft gilt das als Voraussetzung für Effizienz und jeder Handwerker erfüllt diese Voraussetzung.

Thomas Matter: Zuwanderung für alle grösseren Probleme verantwortlich

Gemäss Nationalrat Thomas Matter sind praktisch alle grösseren Probleme in der Schweiz direkt oder indirekt auf die exzessive Zuwanderung zurückzuführen: Staus, Wohnungsnot und auch der Fachkräftemangel, weil häufig die Falschen kommen. Auch ist der CO₂-Ausstoss pro Kopf seit 1990 um sehr vorbildliche 38% reduziert worden, aber aufgrund der Einwanderung sind es absolut nur 18%.

Bekanntlich kämpft er mit der Halbierungsinitiative auch gegen die höchsten Fernsehgebühren der Welt für Private, zu der noch eine umsatzabhängige Abgabe für Firmen hinzukommt. Als Gegenleistung erhalten die Beitragszahler von SF Meteo noch nicht einmal korrekte Angaben über Temperaturen.

Domenik Ledergerber: Keine Technologieverbote in der Energiepolitik

Der Präsident der kantonalen SVP, Kantonsrat und Nationalratskandidat brach eine Lanze für die Nachhaltigkeitsinitiative («Keine Zehn-Millionen-Schweiz»). Diese verlangt nur, dass der Bundesrat bestehende Gesetze anwendet und z.B. abgelehnte Ausländer ausweist. Bei der Klima- und Energiepolitik müssen wir offen gegenüber Innovationen und allen Technologien bleiben. Dazu gehört auch die Atomkraft, zumal das Volk nie einen Ausstieg beschlossen hat, sondern dieser von der Politik ohne Volksentscheid einfach durchgeführt wird. Im Übrigen ist der Weg zu Netto-Null schwierig, steigen doch die Preise für Solarpanels und fehlen doch Fachkräfte für die Montage. Insgesamt gibt es viele gute Gründe, diese Kandidaten bei den kommenden Wahlen zu unterstützen. Der Wichtigste ist vielleicht, dass die SVP im Ständerat wie auch im Küssnächter Gemeinderat klar untervertreten ist und zu einer massgeblichen Kraft werden muss. Viele aktuelle Entwicklungen haben der SVP offensichtlich Recht geben, z.B. in der Landesverteidigung.

York-Peter Meyer

1. AUGUST-FEIER DER SVP BONSTETTEN

Nationalrat Benjamin Fischer begeistert mit seiner Rede das Publikum

Die heutige Rede hätte er schon vor 10 Jahren geschrieben, gestand Benjamin Fischer nach den einführenden Worten. Damals hätte er seine erste 1.-August-Ansprache in Weiningen gehalten. Er habe sie einfach ins ChatGPT-System eingegeben und schon sei der erste Teil angepasst gewesen.

Er sprach damit das Thema der künstlichen Intelligenz an. Man könne heute nicht mehr sicher sein, mit wem man es zu tun habe.

Inhaltlich stellte er fest, dass die Sorgen der Bevölkerung von damals die gleichen waren wie heute. Die Schweiz sei ein grossartiges Land – das Ausland ist neidisch auf uns – und das Wich-

tigste dürfen wir niemals aufgeben: Der Bürger ist der Chef! Wir müssen zu unserem demokratischen System Sorge tragen.

Unsere Vorfahren haben auch grosse Krisen durchgemacht und sie sind standhaft geblieben. Die Schweiz gibt es immer noch. Wir sollten dankbar und stolz darauf sein. Machen wir es doch wie unsere Urgrosseltern, Grosseltern und Eltern: Kämpfen wir, mit oder ohne künstliche Intelligenz, weiter für unsere Freiheit.

Der Aufmarsch war sehr gross im Dachenmass und die Bevölkerung verabschiedete Benjamin Fischer mit grossem Applaus. Gemeindepräsidentin

Arianne Moser verdankte die Ansprache von Benjamin Fischer mit lobenden Worten.

Der Vorstand der SVP Bonstetten



NR Benjamin Fischer fand in Bonstetten die richtigen Worte. Bild: ZVG

SVP OETWIL AM SEE

Nationalfeier in Oetwil am See mit Feuer

Einmal mehr hat sich die SVP Oetwil für die Durchführung einer würdigen Nationalfeier eingesetzt. Unter dem OK-Präsidenten Eugen Hunziker hat sich ein Team mit der Organisation befasst und dem schlechten Wetter getrotzt. Allerdings kamen etwas weniger Leute als im vergangenen Jahr. Mit NR Thomas Matter hat eine bestens bekannte Persönlichkeit die Ansprache gehalten. Seine rückblickenden Ausführungen beeindruckten. Die grossen sozialen Errungenschaften finden aktuell viel zu wenig Beachtung und Dankbarkeit. Stattdessen lösen sie einen unaufhörlichen Drang nach weiteren Forderungen an die Staatskasse aus. Hörnli und Ghackets zu den Klängen des Trios «Pfannestiel Gruess» und das auf dem

angrenzenden Hügel entzündete Feuer waren weitere Höhepunkte.

Eugen Hunziker



1.-August-Redner NR Thomas Matter wagte einen Rückblick auf die sozialen Errungenschaften der Schweiz. Bild: ZVG

SVP WINKEL-RÜTI

Präsidiumswechsel und Übergabe

Anlässlich der letzten Generalversammlung der Sektion Winkel-Rüti musste für den scheidenden Präsidenten, Hansruedi Eberhard, ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gesucht werden. Wie in vielen Vereinen oder weiteren Sektionen ist es speziell nach der Pandemie äusserst schwierig, neue Vorstandsmitglieder zu finden, insbesondere, wenn man weiss, wieviel Arbeit ein solches Amt mit sich bringt.

Um die Sektion Winkel-Rüti weiterhin eigenständig weiterzuführen, wurde erstmals ein Co-Präsidium, notabene einstimmig, gewählt. Die Co-Präsidenten Felix Hauser und Heinz Stock, beide

berufstätig, teilen sich das Amt und versuchen damit, Berufs- und Privatleben sowie Präsidiumsarbeit in Einklang zu bringen. Ziel des neuen Vorstandes ist es, die Position der SVP als führender Partei in der Gemeinde zu festigen und den Einwohnern von Winkel eine attraktive Wohngemeinde zu bieten. Unter Leitung von Hansruedi Eberhard fand die «Stabsübergabe» im Ebianum in Fisisbach statt.

Wir danken unserem scheidenden Präsidenten für seine geleistete Arbeit für die SVP der Gemeinde Winkel und wünschen ihm einen angenehmen «Ruhestand».



Das neue Führungsduo und der ehemalige Präsident. V.l.n.r.: Heinz Stock, Hansruedi Eberhard, Felix Hauser. Bild: ZVG

Puurezmenge z Züri



Die SVP Stadt Zürich und die SVP Zürich 11 laden herzlich zum Puurezmenge ein. Lernen Sie unsere Parlamentarier und Nationalratskandidaten kennen und stellen Sie Ihre Fragen:



Sonntag, 17. September 2023, 10 Uhr
Bauernhof A. Schumacher, Katzenseest. 8, 8046 Zürich-Affoltern



- Reichhaltiges Buffet (Fr. 25.-/Person)
- Türöffnung: 10 Uhr / Ende des Anlasses: 14 Uhr

Alle sind herzlich willkommen – auch Nicht-Mitglieder!



Einladung zum Wahlauftakt SVP Bezirk Affoltern

Die SVP Bezirk Affoltern lädt herzlich ein zum Wahlauftakt in Mettmenstetten. Lernen Sie Ständeratskandidat Gregor Rutz (bisheriger Nationalrat) sowie die Nationalratskandidaten kennen!

Mittwoch, 30. August 2023
Gutsbetrieb Freudenberg 1, 8932 Mettmenstetten
19 Uhr musikalischer Auftakt mit dem Schwyzerörgelquartett Albisböckler
20 Uhr Kandidatenvorstellung - Festwirtschaft

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder!

svp-bezirk-affoltern.ch
design by avoc.ch

AKTUELLE STEUERVORSTÖSSE IM KANTONS RAT

Die SVP gibt Vollgas in der Steuerpolitik

Damit der Kanton Zürich der Wirtschaftsmotor der Schweiz bleiben kann, müssen wir die Unternehmenssteuerpolitik umgehend anpassen.



Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Die Schlagzeilen waren kurz vor den Sommerferien gross: Immer mehr Firmen ziehen vom Kanton Zürich weg in einen anderen Kanton, alleine im Jahr 2022 über 1300! Einer der wichtigsten Gründe dafür ist die Tatsache, dass der Kanton Zürich unterdessen auf den letzten Platz gerutscht ist, was die Besteuerung von Unternehmen betrifft. Ist dies verwunderlich? Kurz zur Erinnerung: Die Stadt Zürich ist zu rund 1/3 abhängig von den Steuereinnahmen von Unternehmen, vergault aber viele gleichzeitig mit der sozialistischen Politik immer mehr. Dies ist je länger, je fataler für die Entwicklung in unserem Wirtschaftskanton insgesamt. Wenn ein Unternehmen von der Stadt Zürich wegzieht, zieht es leider oft auch aus dem Kanton weg. Sobald es sich um eine finanzkräftige Unternehmung handelt, schadet dies auch direkt dem Kanton, der logischerweise dann ebenfalls keine Unternehmenssteuern mehr erheben kann. Aber unsere Partei gibt auf verschiedenen Ebenen Gegensteuer.

Parlamentarische Initiativen im Kantonsrat

An der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien haben wir gleich drei Vorstösse eingereicht, die in Zukunft Entlastung bringen sollen für Zürcher Unternehmen. Die erste PI hat das Ziel, dass alle juristischen Personen die Gewinnsteuer an der Kapitalsteuer anrechnen können. So haben es bereits auch andere umliegende Kantone geregelt und grundsätzlich könnten alle Unternehmen davon profitieren. Die zweite PI ist ein wenig «komplexer» und verlangt, dass die Überbesteuerung auf Folgejahre übertragen werden kann. Dies hat direkt mit der vor Kurzem angenom-

menen OECD-Mindeststeuer zu tun und betrifft auch nicht alle, sondern nur die grösseren und umsatzstarken Unternehmen im Kanton Zürich.

Aber wir dürfen nicht vergessen: Gerade wenn ein solches Unternehmen unseren Kanton verlässt, verlieren wir in der Regel viele Arbeitsplätze und vor allem Millionen von Steuereinnahmen auf Gemeinde- und Kantons-Ebene.

Daher dürfen wir auch in diesem Bereich nicht weiter an Konkurrenzfähigkeit verlieren, sondern der Kanton Zürich sollte selber aktiv werden. Als letzten Vorstoss haben wir im gleichen Zusammenhang ein Postulat eingereicht, das die Schaffung einer «anerkannten auszahlbaren Steuergutschrift» ermöglicht, damit die zusätzlichen Einnahmen aus der Ergänzungssteuer für Wirtschafts- und Standortförderungsmaßnahmen im Kanton Zürich eingesetzt werden können. Alle drei Vorlagen wurden in enger Zusammenarbeit, in diesem Fall mit der Unternehmensgruppe Wettbewerbsfähigkeit (UGW), der FDP und auch der GLP erarbeitet. Diese drei Parteien haben bei der Einreichung von Vorstössen aller Art grundsätzlich eine Mehrheit sowohl im Kantonsrat als auch in der zuständigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben, deren Präsident ich bin.

Senkung der Unternehmenssteuern muss prioritär bleiben

Ein paar Tage nach der Einreichung der erwähnten Vorstösse hat unser Finanzdirektor Ernst Stocker den zweiten Schritt der STAF (Senkung vom Gewinnsteuersatz von 7% auf 6%) und den Ausgleich der kalten Progression vorgeschlagen. Natürlich begrüssen wir alle Vorschläge, die eine Entlastung für alle Steuerzahler und Unternehmen bringen. Die weitere Senkung der Unternehmenssteuern muss für uns aus den bereits erwähnten Gründen Priorität haben. Wichtig zu erwähnen ist, dass der erste STAF-Schritt mit der Senkung der Unternehmenssteuer gezeigt hat, dass eine Steuerersatzsenkung nicht zwingend



Die Politik der linksgrünen Stadtregierung schädigt die Attraktivität des ganzen Kantons. Bild: Wikipedia

weniger Steuereinnahmen bedeutet. Diese sind sogar noch gestiegen. Dies ist auch mit dem zweiten Schritt durchaus möglich. Wir sehen aber die vorgeschlagene Erhöhung der Dividendenbesteuerung von 50% auf 60% eher kritisch. Immerhin hat zwar knapp, aber doch in der Mehrheit, die Zürcher Stimmbevölkerung die Erhöhung der Dividendenbesteuerung von 50% auf 70% erst im Jahr 2022 abgelehnt! Die Linksgrünen Parteien werden so oder so einer Steuersenkung oder einer Steuerentlastung nie zustimmen. Das machen diese grundsätzlich nie. In einem Votum im Kantonsrat habe ich einmal gesagt: «Linksgrüne Parteien würden Geld eher verbrennen als Steuern für natürliche oder juristische Personen zu senken.» Leider entspricht dies der politischen Realität.

Und zu guter Letzt zeigt meine 25-jährige politische Erfahrung auf verschiedenen Ebenen im Kanton Zürich: Mehr Einnahmen mittels Steuern führen in der Regel nur zu oft zum unnötigen Ausbau des Staatsapparats. Die Klimallianz versucht, dies an fast jedem Montag im Kantonsrat umzusetzen. Dies ist aber definitiv nicht im Interesse unserer Partei und einer bürgerlichen, liberalen Politik im Allgemeinen. Die SVP und wir alle sollten mit vollem Einsatz dieser Tendenz entgegenwirken. Sagen wir Ja zum zweiten STAF-Schritt und zu weiteren Steuersenkungen für alle Steuerzahlenden in unserem Kanton.

MEDIENPOLITIK

Wes Brot ich ess...



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die SDA ist eine wertvolle private Medienagentur. Vor allem kleinere Zeitungen benützen sie rege.

Vor einigen Jahren – so erinnere ich mich – klagte die SDA, sie könne dies nicht mehr wirtschaftlich tun. Vor allem, weil eine zweite Medienagentur, die ausländische AP (Associated Press), eine lästige Konkurrenz darstelle. Darum müsse der Staat die SDA unterstützen, sonst gäbe es keine umfassende schweizerische Medienagentur mehr.

Die SDA bezieht vom Bund Millionen, womit sie staatsabhängig ist. Eine AP gibt es in der Schweiz nicht mehr. Wohin das führt, zeigt der 1. August 2023: An einer der vielen privat organisierten Bundesfeiern sprach ich in Matten bei Interlaken. Über 1400 Festbesucher folgten eindrucksvollen Szenen der Tellspiele und anschliessend

meinen Gedanken zum Thema «Mythos macht Mut».

Das Interesse war schon vorgängig gross – auch bei der SDA. Eine Redaktorin von SDA bat schon am 26. Juli um die Rede. Sie würden die Sperrfrist natürlich einhalten. Der Bitte wurde stattgegeben.

Nachdem die SDA keine Zeile über die Feier veröffentlicht hatte, fragten die Organisatoren nach. Und erhielten folgende erstaunliche Antwort: Es treffe zu, dass die SDA keine Meldung verfasst habe, «und die Redaktion hat in diesem Jahr entschieden, sich ganz auf die Reden der amtierenden Bundesratsmitglieder zu fokussieren».

Diese Antwort ist umso interessanter, wenn man weiss, dass die SDA vom Bund vier Millionen Franken pro Jahr bezieht. Und in Zukunft noch mehr Staatsgeld haben will. Da kann es wohl nicht schaden, den amtierenden Bundesräten zu hofieren. «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.» Die SDA verkommt zum Staatsmedienorgan. Eine Diktatur schleicht sich oft auf leisen Sohlen in ein Land. Die Berichterstattung von SDA zeigt, wohin die Reise geht.



Die Journalisten der SDA möchten mehr Geld. Haben sie es auch wirklich verdient?

Bild: Flickr.com/European Parliament

BILDUNGSPOLITIK

Mehr Geschichte und weniger Gender-Tage an den Schulen

Geschichte ist grundlegend für das Verständnis unseres Landes. Es gilt darum, das Fach Geschichte aus seinem Schattendasein zu holen und zu stärken. Den Schülern soll auf attraktive Art die Erfolgsgeschichte unseres Landes vermittelt werden.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht



General Guisan verkörperte den Widerstandswillen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Kennen ihn die heutigen Schüler noch? Bild: Wikipedia

Vor Kurzem habe ich zusammen mit Rochus Burtscher ein Postulat im Kantonsrat eingereicht, welches den Geschichtsunterricht an den Volksschulen wieder stärken will. Dabei haben wir vom Regierungsrat ein Konzept zur Aufwertung des Geschichtsunterrichts verlangt. Leider sind die heutigen Rahmenbedingungen für einen qualitativ hochstehenden Geschichtsunterricht insbesondere in der Sekundarschule unbefriedigend, wie auch viele Lehrkräfte bestätigen. Lieber veranstaltet man Gender-Tage und Klimadebatten an den Schulen. Auch die Kombination von Geschichte und Geografie ist nicht sinnvoll. Zudem ist die Reduktion auf drei Wochenstunden ungenügend. Historisches Basiswissen ist für Schulabgänger auch für das Verständnis der Gegenwart sehr wichtig.

Historisches Grundwissen

Bei der Frage, was die Jahreszahl 1848 bedeute, dürften viele Schulabgänger wohl keine Antwort haben. Es fehlt die Vorstellung, dass die damals geschaffene Bundesverfassung ein markanter Meilenstein unserer Landesgeschichte ist. Das gelungene Werk bildete die rechtliche Grundlage für die Weiterentwicklung unseres Landes hin zu einer

direkten Demokratie. Doch in den Sekundarschulklassen befasst man sich leider zu selten mit diesen Zusammenhängen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist ein Ansporn für die Weiterentwicklung einer Demokratie. Trotzdem wagen es nicht alle Lehrpersonen, den Weg der modernen Schweiz als Erfolgsstory darzustellen. Man denkt beim Eisenbahnpionier Alfred Escher eher an die Verstrickungen seines Onkels in den Sklavenhandel als an Eschers Beitrag zum Bau der Gotthardbahn. Dabei hat unsere Geschichte genügend Erfolge vorzuweisen.

Lebendiger Geschichtsunterricht

Im neuen Lehrplan der Volksschule wird ausdrücklich festgehalten, dass ein lebendiger Geschichtsunterricht in erster Linie auf faktenorientierten Erzählungen und einer spannenden Aufarbeitung historischer Ereignisse beruht. Was jedoch fehlt, ist ein Konzept mit einem verbindlichen Aufbau des historischen Grundwissens, wie von uns gefordert. So erstaunt es nicht, dass die schulische Praxis des Geschichtsunterrichts ein Flickwerk an Themen ergibt. Dazu kommt, dass in den zusammengestrichenen Geschichtsstunden viele Lehr-

personen die Bildungsinhalte nicht mehr direkt vermitteln können.

Das Fach Geschichte braucht ein solides Unterrichtskonzept. Gefragt sind Lehrer, die gut ausgebildet sind und Freude haben, den Jugendlichen unsere Geschichte anschaulich zu erklären. Für den Lernerfolg ist dabei ein chronologischer Aufbau der Themen hilfreich, damit die Schüler Entwicklungslinien erkennen können.

Verständnis für die Gegenwart

Jugendliche erleben Momente des tieferen Verstehens, wenn sie merken, dass unsere Freiheitsrechte und unser Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Generationen vor uns haben wichtige Pflöcke eingeschlagen und uns den Weg geebnet. Die Zeit der späten Dreissigerjahre mit den Drohungen aus Nazi-Deutschland oder die Einkreisung unseres Landes im Jahr 1940 durch die Achsenmächte sind Themen, welche fast alle Jugendlichen fesseln. Hier geht es darum, zu zeigen, wie schwierig und wichtig eine geradlinige Politik sein

kann, wenn die Existenz eines Staates auf dem Spiel steht. Es ist verblüffend, wie differenziert Jugendliche solche Situationen in offenen Klassengesprächen beurteilen können, wenn die historischen Fakten sorgfältig vermittelt wurden.

Das sprach- und kulturfördernde Fach Geschichte verdient es, aus seinem Halbschatten herausgeholt zu werden. Erfolgversprechende Ansätze in der Schulpraxis zeigen, dass es Bewegung gibt, den Geschichtsunterricht besser auf die Interessen der Jugendlichen auszurichten und sich mit der erfolgreichen Schweizer Geschichte auseinanderzusetzen. Es braucht aber auch ein Umdenken auf politischer Seite, indem Geschichte wieder zu einem eigenständigen Fach aufgewertet und die Lektorenzahl an der Volksschule wieder erhöht wird.

Dieses Thema gilt es auch, gesamt-schweizerisch zu verfolgen. Kurzum: Es gilt, weniger Gender- und Klimatage zu veranstalten, dafür mehr Basiswissen zu vermitteln.

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Mittelalterliche Moralwächter

Sie alle kennen den begnadeten amerikanischen Schauspieler und zweifachen Oscar-Preisträger Kevin Spacey – als genialen Machtpolitiker aus «House of Cards», als Familienvater mit Midlife-Krise aus «American Beauty» oder seit 2017 als vermeintlichen Sexualstraftäter, in einer gnadenlosen Hetzkampagne vorverurteilt von «Me-Too»-Aktivistinnen und Medien. Was die Öffentlichkeit kaum erfährt: Keiner der Vorwürfe gegen Kevin Spacey wurde je bewiesen und er wurde bisher in allen Fällen vor Gericht freigesprochen. Der Fall ist geradezu ein Paradebeispiel für eine ausser Kontrolle geratene Cancel-Culture, die aufgrund blosser Behauptungen Karrieren, Beziehungen, ja ganze Existenzen zerstören kann. Betroffene sind dabei längst nicht nur Prominente. Auch ganz normale Durchschnittsbürger können für vermeintlich politisch unkorrektes Verhalten am Online-Pranger landen und ihren Job verlieren. Ein missglückter Witz in den sozialen Medien, ein plumper Spruch in der Öffentlichkeit, eine etwas unbedarfte Annäherung an eine Arbeitskollegin – und schon bricht der Shitstorm los. Wie im Mittelalter reicht ein diffuser Vorwurf und die Hexenjagd geht los. Grundlegende Prinzipien unseres Rechtsstaats, wie etwa die Unschuldsvermutung oder der Grundsatz «im Zweifel für den Angeklagten», werden ignoriert. Und selbst wenn sich die Vorwürfe wie bei Kevin Spacey am Ende als haltlos erweisen, nützt das den Betroffenen wenig, denn der Schaden ist längst angerichtet: Die Karriere ist ruiniert und der woke Mob weitergezogen. Das Problem dabei ist noch nicht einmal die laute Minderheit aus Online-Aktivistinnen, die den Shitstorm anzetteln, – in der Regel ein Haufen linker Trolle, die man gestrost ignorieren könnte. Wirklich problematisch sind all die Firmen, Vereine oder Universitäten, die angegriffene Angestellte ohne zu zögern fallenlassen, weil sie Angst haben, sie könnten ebenfalls in den Shitstorm hineingezogen werden. Auch Kevin Spacey wurde von seiner Agentur umgehend nach Bekanntwerden der ersten Anschuldigungen entlassen und gar aus einem bereits abgedrehten Film herausgeschnitten. Nun, da sich alle Vorwürfe gegen den beliebtesten Schauspieler höchst-richterlich in Luft aufgelöst haben, wäre eigentlich eine Entschuldigung fällig. Diese ist bis heute aber ausgeblieben. Die Cancel-Culture ist vor allem ein amerikanisches Phänomen und hat in den USA schon zahlreiche Existenzen ruiniert. In der Schweiz sind wir von den schlimmsten Auswüchsen dieser mittelalterlichen Pseudojustiz bis jetzt zum Glück halbwegs verschont geblieben – die Versuche des links-grünen Internet-Mobs, Personen mit unliebsamen Ansichten zu «canceln», verlaufen bei uns meist im Sand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, gibt es nur eins: am 22. Oktober SVP wählen!

ZÜRCHER VERKEHRSPOLITIK

«Freiwild» – Fussgänger in der Stadt Zürich

Fussgänger sind in der linken Stadt Zürich «Freiwild». Die Gesetzlosigkeit der Velofahrer nimmt rasant zu, auch mit der Inkaufnahme von schweren Unfällen, sodass sich hier in Zukunft interessante strafrechtliche Fragen stellen dürften. Die gesamte falsche Politik der Stadt Zürich, u.a. mit der «Critical Mass»-Bewegung und mit «Velovorzugsrouten», verschärft das Problem zusätzlich.



Boris Etter
Rechtsanwalt und
SVP-Mitglied
Zürich

Fussgänger sind in der Stadt Zürich eine zunehmend gefährdete Spezies. Sie sind sozusagen «Freiwild», falls sich die städtischen Veganerinnen und Veganer nicht durch diesen Begriff ausgegrenzt oder unwohl fühlen. Nun aber «Humor-Off». Der Schreibende läuft in der Stadt Zürich im Jahresdurchschnitt über 10000

Schritte pro Tag. Die Anzahl der Fast-Unfälle durch gesetzlose Velofahrerinnen und Velofahrer – nicht selten sind es übrigens Damen – häuft sich immer mehr. Dabei geht es nicht mehr «nur» um jegliche Ignorierung von elementaren Verkehrsregeln, wie Fahren auf Trottoir, Fahren über den Zebrastreifen, Fahren bei Rotlicht etc. Nun sind immer höhere Geschwindigkeiten in der Nähe von Fussgängern und teilweise das gezielte Fahren und sogar Beschleunigen in Richtung von Fussgängern der neue linke Velo-Gold-Standard. Der schwächere Fussgänger muss dann halt weichen, erst recht, wenn er nicht links-

alternativ aussieht. Die Botschaft ist klar: Der Fussgänger hat sich den linken Stadtzürcher Velofahrern unterzuordnen.

Kontraproduktive Volksinitiative zum ÖV-Preis

Die SP möchte durch ihre Volksinitiative den ÖV-Preis in der Stadt Zürich halbieren. Wohin führt das – neben der Steuergeldverschwendung und der weiteren Überfüllung der bereits überfüllten Trams und Busse? Dazu, dass noch mehr Personen beim Aussteigen aus Trams und Bussen durch die mit zügiger Geschwindigkeit auf dem Trottoir durchfahrende Velos gefährdet werden.

Kurzer Blick ins Strafrecht

Velofahrende können sich durch Verkehrsregelverletzungen genauso strafbar machen wie Automobilisten (vgl. etwa BGE 123 IV 88 bezüglich grober Verletzung von Verkehrsregeln nach Art. 90 Abs. 2 SVG). Weiter stellt sich auch die Frage, ob bei besonders rücksichtslosem Verhalten neben SVG-Delikten auch die Tatbestände der (versuchten) vorsätzlichen Tötung von Art. 111 StGB (etwa durch Eventualvorsatz) oder der versuchten schweren Körperverletzung von Art. 122 StGB erfüllt sein könnten.

«Velo in Zürich» – warum nicht gleich mit «Rammenschutz»?

Fast schon zynisch ist der einleitende Satz auf der offiziellen Website der Stadt Zürich im Teil «Velo in Zürich»: «Mit

dem Velo sicher und einfach durch Zürich – das ist unsere Vision aus der Velostrategie 2030.» Vielleicht gibt die Stadt Zürich ja bald an Velostationen und vor den Genossenschaftswohnungen ihrer linken Parteibonzen und der Wählerschaft gratis (sprich vom Steuerzahler finanziert) einen «Rammenschutz», auch «Bullenfänger» genannt, ab. Dem Mercedes-G-Klasse, einem sehr beliebten und praktischen Stadtauto, steht dieses Sonderzubehör ja schliesslich wunderbar. Die G-Klasse-Fahrenden verhalten sich in der Stadt Zürich übrigens stets höflich und zuvorkommend gegenüber Fussgängern. Das gilt natürlich auch für andere SUV, wie Range Rover oder BMW X5 oder X7 etc.

Gefahr der «Critical Mass»-Bewegung

Die «Critical Mass»-Bewegung und deren Veranstaltungen tragen zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei. Die «Critical Mass»-Veranstaltung vom 28. Juli 2023, bei schlechtem Wetter und mitten in den Schulferien, hinterliess gemischte Gefühle. Der echte Praxistest steht nun bald Ende Monat an. Parkbussen werden in der Stadt Zürich gerne verteilt, die Kontrolle und Verzeigung von Velofahrern erfolgt gefühlt in der Kadenz des «Züri Fäschts».

Fehlkonstrukt «Velovorzugsrouten»

Die «Velovorzugsrouten» schaffen weitere Gefahren für Fussgänger, da hier noch mehr das «Selbstbewusstsein» der Velofahrer gefördert wird. Dazu sind sie ein völliges Fehlkonstrukt und entbehren jeder Logik.

Es bleibt zu hoffen, dass die «Velovorzugsrouten» rechtlich noch zu Fall gebracht werden können.



Das Zusammenleben von Velofahrern und Fussgängern gestaltet sich in der Stadt Zürich nicht immer ganz einfach. Bild: pxhere.com (Thomas8047)

RECHNUNG 2022 DER STADT USTER: EIN GEWINN AUF KOSTEN DER USTERMER STEUERZAHLER

Der Rotgrüne Stadtrat schöpft aus dem Vollen!

Ich bau mir meine Welt, wie sie mir gefällt – das wird der Stadtrat an seinen Sitzungen in Uster wohl trällern, er macht es auf jeden Fall so! Ob einen grösseren Hahn montieren, wenn der alte bereits voll offen ist, um den Steuergeldfluss noch mehr zu erhöhen, oder ein Zentrum zu sperren, ohne dass es einer Mehrheit nutzt, in Uster ist das der tägliche politische Wahnsinn.



Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Die Stadt Uster vermeldet für das Rechnungsjahr einen Gewinn. Was auf den ersten Blick erfreulich erscheinen mag, ist pure Augenwischerei. Denn: Die Ausgabenseite hat der rotgrüne Stadtrat nicht im Griff. Die Globalkredite liegen über Budget. Sogar ein Nachtragskredit in der Rechnung 2022 war notwendig gewesen. Nur die guten Steuereinnahmen haben das Ergebnis in einen Gewinn verwandelt. Mit der von Rotgrün bewilligten Steuerfusserhöhung werden den Steuerzahlern in Uster unnötig finanzielle Mittel weggenommen. Geld, das die Ustermer Steuerzahler nicht in Uster ausgeben können und somit unserem Gewerbe, den Vereinen und dem Leben allgemein fehlt. Der Spardruck bei der Stadt Uster ist gleichzeitig inexistent. Die weiterhin hohe Abhängigkeit der städtischen Rechnung von den Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer ist besorgniserregend.

Ob der Stadtrat finanzpolitisch fit ist, ist zu bezweifeln. Erneut hat die Stadt Uster einen budgetierten Verlust in einen buchhalterischen Gewinn umgerechnet.

Die anstehenden Investitionen werden das Eigenkapital schmelzen lassen wie der wenige Schnee von diesem Jahr in der Frühlingssonne. Die durch die hohen Investitionen verbundenen Abschreibungen werden auf die städtische Rechnung drücken. Es ist nicht er-

kennbar, dass der Stadtrat Ausgaben, die sich in seiner Kompetenz befinden, reduziert. Und in all diesen Zahlen ist die Entwicklung des Spital Usters noch gar nicht berücksichtigt. Die unumgängliche Aktienkapitalerhöhung von bis zu 20 Millionen Franken wird teuer zu finanzieren sein.

Die SVP Uster fordert den Stadtrat auf, alle Leistungen zu überprüfen. Für die Entwicklung des Spitals Uster und die daraus für die Stadt Uster resultierenden finanziellen Konsequenzen sind Szenarien zu planen und entsprechend finanzpolitische Vorbereitungen einzuführen. Dem Budget ist Folge zu leisten und absehbare zu hohe Steuereinnahmen sind durch eine Senkung des Steuerfusses für das Folgejahr zu kompensieren.

Vorprojekt «Attraktives Stadtzentrum»: Stellungnahme der SVP Uster

Im Juni 2023 hat der Stadtrat Uster seine Pläne für die Umgestaltung eines Teils des Ustermer Stadtzentrums aufgelegt. Diese sehen vor, dass Teile der Webernstrasse und der Gerichtsstrasse für den motorisierten Verkehr gesperrt werden sollen. Die Gemeinderatsfraktion der SVP Uster erhebt Einwendungen zum Vorprojekt und fordert die Stadt auf, auf die Umgestaltung in der vorgesehenen Form zu verzichten.

Der Nutzen der Fussgängerzone ist nur in bescheidenem Rahmen erkennbar. Die Vision einer Flaniermeile im Stadtzentrum ist selbstverständlich verlockend und attraktiv. Im Fall der Gerichtsstrasse und der Webernstrasse muss aber festgehalten werden, dass man – sogar flanierend – schon nach

einer Minute am anderen Ende der Fussgängerzone angelangt ist. Das Zentrum von Uster mit der schattigen Gerichtsstrasse und der abfallenden Webernstrasse eignet sich schlichtweg nicht für eine Fussgängerzone. Ihre Mantelumgebung bietet nicht genug Einkaufs- und Aufenthaltsattraktivität. Aufgrund der Angebots- und Gebäudestruktur kann dieser Mangel auch nicht behoben werden. Es wird auch in Zukunft niemand des Flanierens wegen nach Uster kommen.

Durch die notwendigen Zufahrten für Rettungskräfte und Anwohner ist eine gesamte Umnutzung nicht möglich. Eine geteilte Nutzung ist aufgrund des knappen Platzes nicht attraktiv genug, als dass sich eine Umgestaltung rechtfertigt. Eine stellenweise Umgestaltung könnte in Betracht gezogen werden.

Mit dem Gerichtsplatz, dem erweiterten Stadtpark und dem Zeughausareal kann ausreichend Gastrofläche im Ausenbereich geschaffen werden. Das ist es, was sich die Bevölkerung wünscht.

Der Gewerbeverband Uster (GVU), welcher von unserer Kantons- und Gemeinderätin Anita Borer präsidiert wird, hat seine Mitglieder zum Vorhaben befragt. Eine Mehrheit spricht sich gegen die vorgesehene, aktuell vorliegende Verkehrssperre im Zentrum aus. Über 60 Prozent der teilnehmenden und fast 73 Prozent der direktbetroffenen Unternehmen wollen keine Fussgängerzone auf den zentralen Abschnitten der Gerichts- und Webernstrasse in Uster.

Rund 50 Prozent der teilnehmenden und fast 70 Prozent der direktbetroffenen Unternehmen sind der Meinung, dass eine Fussgängerzone das Stadtzentrum nicht zu beleben vermag. Nur

3,8 Prozent der teilnehmenden Unternehmen und kein einziges der direktbetroffenen Unternehmen erachteten die Aktionswochen «Zentrum zum siii» als erfolgreich.

Politisch fordernder Herbst – Wahlen & Parkplatzinitiative Uster

Die Fraktion und der Vorstand der SVP Uster sind in den Vorbereitungen für den kommenden Herbst. Der Oktober wird geprägt von den nationalen Wahlen: Standaktionen, Plakate usw. müssen organisiert, durchgeführt und aufgehängt werden. Hierzu braucht es vor allem die Mitglieder!

Gleich im November geht es in Uster zur Sache, unsere Parkplatzinitiative kommt an die Urne. Die SVP-Uster-Mitglieder müssen nochmals «ad Seck»! Melden Sie sich beim Vorstand, helfen Sie der SVP, die Wahlen 2023 zu gewinnen, und unserer Anita Borer, in den Nationalrat zu gelangen. Streuen Sie bereits während der Wahl-Mobilisierung unsere Parkplatzinitiative und helfen so der SVP Uster zum Durchbruch im November. Werte Mitglieder, Ihr Engagement entscheidet!



Die Pläne für das Ustermer Stadtzentrum gehen an den Interessen der Gewerbler vorbei. Bild: Wikipedia

NATIONALFEIERTAG

Flugschau beim Rheinfall sorgt für Publikumsauflauf

Die grosse Flugschau der Kunstflugstaffel der Schweizer Armee mit neun PC-7 im Vorfeld der Rheinfallbeleuchtung zog am Vorabend des 1. Augusts viele zusätzliche Besucher rund um den Rheinfall an.

RoMü. In diesem Jahr warteten die Organisatoren des traditionellen Rheinfallfeuerwerkes am Vorabend des Nationalfeiertages mit zwei weiteren speziellen Attraktionen auf. Sie luden im Vorfeld des Feuerwerkes am Abend zu zwei Flugschows ein, welche dieses eindrucksvoll aufwerteten. Um Punkt 20.00 Uhr flog die Patrouille Swiss mit ihrer Kunstflugstaffel in der Formation mit neun PC-7 von ihrem Basisstandort und Flugplatz Emmen über das Weinland an den Rheinfall. Nicht nur rund um das Rheinfallbecken, sondern auch überall auf den Anhöhen rund um den Rheinfall warteten bereits Hunderte von Besuchern, um dieses Spektakel in der Luft live erleben zu können. Allein am westlichen Dorfrand von Uhwiesen wohnten Hunderte von Aviatikfans und Besuchern der Flugshow bei. Sie kamen dabei in den Genuss einer atemberaubenden Flugschau. Die Piloten in den neun Cockpits über dem Rheinfall und der Umgebung zogen alle Register für den Kunstflug.

Nebst den traditionellen Überflügen in der typischen Neuner-Formation oder mit der Acht als Schweizer Kreuz waren es die Einzelvorführungen mit vier oder fünf Flugzeugen, welche die Zuschauer zum Staunen brachten. Eindrucksvoll wurde beispielsweise ein Looping gezeigt oder im Gegenflug querte ein Flugzeug den von den anderen acht gebildeten Ring.

Super Puma und PC-7

Kurz vor dem Eindunkeln folgte die zweite Luftshow direkt über dem Rheinfall, wobei nun der Helikopter Super Puma mit zwei Piloten im Cockpit seine grosse Beweglichkeit zeigte. Dieser mit



Atemberaubende Manöver: Ein Pilot durchfliegt den von seinen Kollegen geformten Ring.

Bild: Roland Müller

dem Rotorblatt 18,7 m lange, 3,36 m breite und 4,87 m hohe Helikopter wurde vor allem für den Transport von Truppen und Material gebaut. Nebst seinem Eigenwicht von 5000 kg kann er 4000 kg zuladen und ist mit einem 2370 kW starken Turbotriebwerk versehen.

Beim Kunstflug am Rheinfall zeigte er auch seine speziellen Eigenschaften. Er kann fast senkrecht aufsteigen oder absinken oder sich um die eigene Achse drehen.

«Der Kunstflug im Verband mit Propellerflugzeugen stellt höchste Anforderungen an die fliegerische Leistungsfähigkeit der Militärpiloten», VBS. Die Kunstflugstaffel mit dem PC-7 wurde

zum 75-jährigen Bestehen der Schweizer Flugwaffe 1989 gegründet. Grundsätzlich wird in der Schweiz der 9,8 m lange und mit einer Spannweite von 10,4 m PC-7 als Schulungsflugzeug genutzt. Letztmals wurde er 2008 komplett modernisiert. Er erreicht eine Spitzengeschwindigkeit von 500 km/h und verfügt über eine Steigleistung von 11 Meter pro Sekunde. Das Flugzeug wird von einem 550 PS starken Triebwerk angetrieben, welches die Antriebsenergie auf den 3-Blatt-Propeller überträgt. Im Cockpit sitzen ausschliesslich nur militärische Berufspiloten, welche auch den FA-18 Hornet fliegen. Sie betreiben die gesamte Flugakrobatik ausschliesslich als Nebenjob.

LESERBRIEF

«Marsch durch die Institutionen»

Laut einem Artikel des Journalisten Matthias beschäftigt Bundesbern mittlerweile über 400 Kommunikationsmensen, angeblich eine Verdoppelung seit 2007. Zu deren Unterstützung werden zusätzlich Kommunikationsagenturen wie Dynamics, Farner, Furrerhugi oder Hirzel, Neef, Schmid beigezogen. Als ich bis Mitte 2013 achtzehn Jahre lang geschäftsleitender Headhunter der Communication Executive AG war, waren beim Bund 280 Kommunikationsverantwortliche angestellt, wovon sich über Jahre hinweg immer wieder viele bei mir auf Job-Suche mit den Worten

meldeten, sie hätten tagelang rein gar nichts zu tun. Dieser Umstand dürfte sich inzwischen noch verstärkt haben, weshalb längst angebracht wäre, dass nun auch diesbezüglich Karin Keller-Sutter durchgreift! Zum Vergleich übrigens, Weltkonzerne beschäftigen international noch immer «nur» zwischen 30 und maximal 50 Kommunikationsverantwortliche: Aber alleine Bern benötigt über 400, weil doch auch dieser Irrsinn alleine und «nur allzu gerne» von den Steuerzahlern gestemmt wird.

Jean-Pierre Reinle, Schinznach-Bad AG



SVP Russikon SVP Bezirk Pfäffikon www.svp-russikon.ch

SVP-Herbst-Party in Russikon mit Romaine Rogenmoser

NR-Kandidatin

Mit Referat zu einem aktuellen Thema

Freitag, 8. September 2023
Schützenhaus, Russikon

Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen
Apéro ab 18.30 Uhr

Nachtessen um 19.30 Uhr, anschliessend Referat von Romaine Rogenmoser. Lottomatch mit tollen Preisen.

Wir bitten um Ihre Anmeldung bis 28. August 2023 unter:
www.mysvp.ch/anmeldung
oder mit nachstehendem Talon an: Hans Loeliger,
Wettsteinstrasse 6, 8332 Russikon, Tel. 079 458 05 19



Name / Vorname

E-Mail:

Adresse:

Telefon Anzahl Personen:

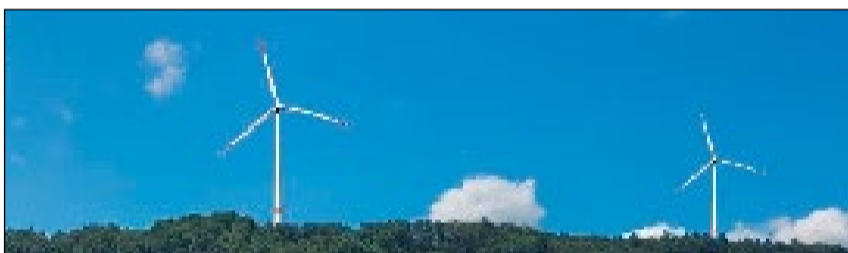
Die Veranstaltung ist öffentlich

Jetzt unserem WhatsApp-Chat beitreten und nichts mehr in Bezug auf die Wahlen verpassen!

Infokanal SVP KE ZH SR/NR-Wahlen 23
WhatsApp-Gruppe



Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera in Ihrem Smartphone, um sich in die WhatsApp-Gruppe anzuschliessen.



10 Windräder im Raum Winterthur?

Zusätzliche Informationen zu den Windenergiezonen Berenberg, Closenberg und Äschberg.

Einleitung von Maria Wegelin (SVP Winterthur). Referate: Martin Malatinsky, Präsident Freie Landschaft Zürich; Therese Schläpfer, Mindestabstände-Initiantin Hegenbuch, Vorstandsmitglied HEV Region Winterthur und Nationalrätin (SVP).

Mittwoch 23. August 2023 19:00 Uhr
Mehrzweckanlage Teuchelweiher, Kleine Reithalle, Winterthur



Syrer raubt Frau aus

«Am Donnerstag um 23 Uhr ist eine Frau im Zürcher Stadtkreis 7 ausgeraubt worden. Ein unbekannter Mann sprach die 27-Jährige an, entwendete ihr das Mobiltelefon und Bargeld. Er ging tätlich gegen sie vor. (...) Der 38-jährige Syrer trug die Beute noch auf sich.»



Quelle: NZZ, 24.07.2023 / Symbolbild

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will, wählt am 22. Oktober:



SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 25. August 2023, ab 18.00 Uhr mit



Prof. Dr. Christoph Mörgeli
Alt Nationalrat SVP Zürich

Es braucht mehr SVP in Bern!

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

nalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Samstag, 19. August 2023, 10.00 Uhr, Standaktion, Dorfhuus, Schönenberg, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Meilen/Zollikon
Sonntag, 20. August 2023, 15.00 Uhr, Glacéstand an der Chilbi Zollikon, Dorfplatz, Alte Landstrasse, Zollikon, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Donnerstag, 24. August 2023, 18.00 Uhr, Feierabendbier, Restaurant Bahnhof, Bahnhofstrasse 11, Bauma, mit den Nationalrätin Therese Schläpfer und Thomas Matter sowie Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Winterthur
Sonntag, 20. August 2023, 11.00 Uhr, Wahaufakt, Bauernhof Ueli Künzi, Buchsäcker, Brütten, u.a. mit Ständeratskandidat Gregor Rutz, Nationalrätin Therese Schläpfer und Kantonsrat Martin Hübscher.

Stadt Winterthur/Altstadt
Mittwoch, 23. August 2023, 19.00 Uhr, Referate zu den Windnergiezonen Berenberg, Chomberg und Äschberg, Mehrzweckanlage Teuchelweiher, Kleine Reithalle, Winterthur, u.a. mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 19. August 2023, 09.00–11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

SVP-STAMM

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Sooding 21, Adliswil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Donnerstag, 24. August 2023, 18.30 Uhr, Polit-Treff, Gewerbeareal, Hafnergasse 15, Stadel, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Kantonsrätin Romaine Rogemoser.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Samstag, 19. August 2023, 08.00 Uhr, Standaktion, vor der UBS, Wädenswil, mit Natio-

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 30. August 2023, 19.00 Uhr, Wahaufakt, Gutsbetrieb Freudenberg 1, Mettmenstetten, u.a. mit Ständeratskandidat Gregor Rutz und den Nationalräten Alfred Heer und Martin Haab.

Bezirk Affoltern/Aegust am Albis
Samstag, 19. August 2023, 11.15 Uhr, Standaktion, Götschihof, Aegustertal, mit Nationalrat Martin Haab und Kantonsrat Martin Hübscher.

Bezirk Bülach
Freitag, 18. August 2023, 18.30 Uhr, Sternwanderung zum Hardwaldturm, Treffpunkt Parkplatz BXA, Grindelstrasse 20, Bassersdorf, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz sowie den Kantonsrätin Romaine Rogemoser, Roman Schmid und Christian Pfalter.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Mittwoch, 30. August 2023, 19.00 Uhr, Wahlkampf Anlass, Zentrum Eichi, Niederglatt, mit Nationalrat Thomas Matter sowie den Kantonsrätin Domenik Ledergerber und Anita Borer.

SVP Sektion Stadlerberg Bachs, Stadel, Weich

Einladung zum
Polit-Treff am Donnerstag, 24. August 2023

Themen und Referenten

Warum braucht es mehr SVP in Bern? Nationalrat Benjamin Fischer

Wie kann auch das Gewerbe davon profitieren? Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Romaine Rogemoser

Programm ab 18:30 Uhr Verpflegungsmöglichkeit vom Grill
Kaffee und Kuchen
ca. 20:00 Uhr Referate
ca. 20:30 Uhr Fragen und Diskussion

Ort Gewerbeareal Hafnergasse 15, 8174 Stadel
Bei gutem Wetter «Openair»

Alle sind herzlich willkommen!
Wir freuen uns auf viele Besucherinnen und Besucher.

SVP Stadlerberg
www.svp-stadlerberg.ch

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 18. August 2023, 19.00 Uhr, Grillabend, Schiessstand, Kappenbühlstrasse 80, Zürich-Höngg, mit Camille Lothe, Präsidentin SVP der Stadt Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 25. August 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit alt Nationalrat Christoph Mörgeli. Thema: Es braucht mehr SVP in Bern!

Sonntag, 17. September 2023, 10.00–14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz sowie den Nationalräten Alfred Heer und Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 2. September 2023, bis Sonntag, 3. September 2023, Festzelt, Schwamendinger-Chilbi, Zürich.

Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten. Anmeldung unter www.svp.ch.

Dienstag, 5. September 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Chesselhuus, Tumbelenstrasse 6, Pfäffikon.

Mittwoch, 6. September 2023, 11.45–14.00 Uhr, Polit-Lunch, Hotel Restaurant Stoller, Badenerstrasse 357, Zürich, mit Gemeinderat Samuel Balsiger, Bericht aus dem Gemeinderat. Kosten: 40 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) an eckmann@schweizerzeit.ch.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschiesen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tössstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.

Samstag, 23. September 2023, 12.00–15.00 Uhr, Wahl Anlass mit Ständeratskandidat Gregor Rutz, Eberhard Bau AG, Breitloostrasse 7, Oberglatt ZH.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 26. August 2023, 11.00–15.00 Uhr, Wahaufakt der SVP Schweiz, Swiss Life

Ständeratskandidat
Gregor Rutz
im Einsatz

Montag, 21. August 18:00 Uhr Wahlpodium HEV Region Winterthur
Podium mit Gregor Rutz, Therese Schläpfer, Brigitte Häberli (Mitte), Regina Sauter (FDP), Philipp Kutter (Mitte), Martin Fomer (FDP); Moderation Matthias Baumbarger
Kongresszentrum Gata 27, Theaterstr. 27b, 8400 Winterthur

Sonntag, 24. August 11:00 Wahaufakt SVP Schweiz
Swiss Life Arena, Vulkanstr. 130, 8048 Zürich

Montag, 28. August 18:30 Feierabend-Bier mit Gregor Rutz und alt Bundesrat Ueli Maurer.
Moderation: Dominik Feust, stv. Chefredaktor Nebelspalter
Widmer & Co. AG, Dorfstr. 141, 8802 Kilchberg

Dienstag, 29. August 19:00 Gewerbeanlass in Madetswil mit Gregor Rutz, den Kantonsrätinnen Nina Fahr Düsel und Sonja Rueff-Frankal (FDP) sowie Kantonsrat Martin Fomer (FDP); Gesprächsleitung: Christian Bründli, Chefredaktor ASMZ
Laemmle Chemicals AG, Bläsmühle 2-6, 8322 Madetswil

rutz-fuar-zueri.ch

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Jetzt Volksinitiative unterschreiben nachhaltigkeitsinitiative.ch

Spendenkonto:
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0
IG Nachhaltigkeitsinitiative

10 Millionen